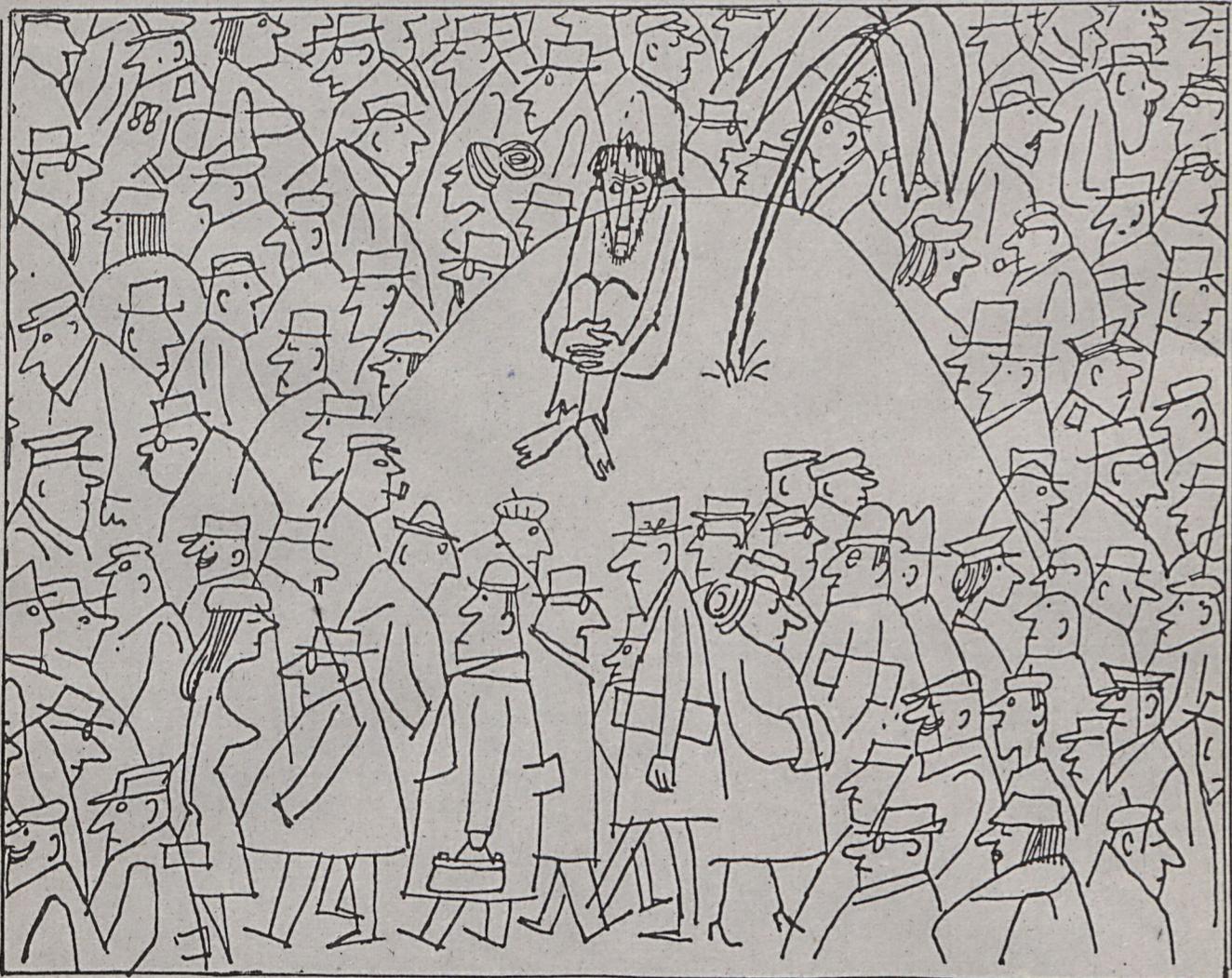


# SCHLAG LICHT

Nr. 19

11. Mai 82

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT



- **Wirtschaftspolitik - warum so?** S. 2
  - **Sind die FACHSCHAFTEN entpolitisiert?** S. 4
- **Ein Beitrag von und ein Beitrag über ROBERT HAVEMANN** S. 6
  - **Eine schlechte I.D.E.E.!** S. 9

und wie immer:  
hochschulpolitische  
Nachrichten  
& Veranstaltungen!

# SCHLAGLICHT!

erscheint **Impressum**  
14-tägig

Redaktion:  
Christel Fischer  
Bernd Golle  
Michael Siebel  
Franz Nagel  
Ulli Buntenbruch  
Marianne Nowak  
Roland Wengenmayr

V.i.s.d.P. AstA der  
TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr 20  
18.5.82  
Herausgeber: AstA der THD

## INHALT

- S.2 Wirtschaftspolitisch - warum so ?
- S.4 Sind die Fachschaften entpolitisiert ?
- S.6 Zum Tode Robert Havemanns
- S.9 Eine schlechte IDEE
- S.11 Hochschulpolitische Nachrichten
- S.12 Veranstaltungen

Leserbriefe



### Hinweis:

Anonyme Leserbriefe wollen wir nicht veröffentlichen !

## Wirtschaftspolitik - Warum so? Oder geht es auch anders?

### Grundlagen staatlicher Wirtschaftspolitik

Ausgangspunkt, der heute von den Regierungen des Bundes und der Länder betriebenen "Spar"-Politik, ist die unbestreitbare Tatsache staatlicher Mindereinnahmen an Steuern. Dies wiederum ist ebenso eindeutig die Folge eines geringeren Wirtschaftswachstums, einer Rezession verbunden mit erheblicher Arbeitslosigkeit (z.Z. knapp 2 Mio.).

Die Politik der Bundesregierung beruht nun auf einem bestimmten Konzept zur Bekämpfung der Rezession. Es ist die sogenannte "angebotsorientierte" Wirtschaftspolitik. Sie geht davon aus, man müsse nur die "Investitionskraft der Wirtschaft", also der Konzerne, Unternehmer und Freiberufler, erhöhen, daß heißt ihr "Kapital", sprich die Finanzmasse, dann sei damit schon eine wesentliche Voraussetzung für die Wirtschaftsbelebung geschaffen. Das deshalb von staatlichen Einsparungen gerade Empfänger niedriger Einkommen betroffen seien, sei zwar "ganz unbefriedigend, aber richtig" (Ex-Finanzminister Matthöfer).

Zur Erhöhung der Finanzmasse dieser "Warenanbieter" gehöre aber auch ein "flüssiger" Kreditmarkt. Der werde aber durch zinstreibende Staatsnachfrage nur belastet, weswegen die Staatsausgaben eben zu senken seien. Neben der Verhinderung der Belastung des Kapitalmarktes sei auch eine Minderung der steuerlichen Belastung der investitionswilligen Wirtschaft erforderlich, die steuerlichen Rahmenbedingungen müßten verbessert werden. Nur so werde letztlich Vollbeschäftigung erreicht.

### Wo kommt man damit hin ?

Ergebnis dieser Konzeption kann nur die systematische Einschränkung sozialer Leistungen, die Erleichterung der Unternehmer von (nicht:durch) Steuern und der Verzicht auf eigene investive Staatsausgaben sein. Entsprechend wurden im Haushalt '82 die Sozialausgaben gekürzt, die degressive Abschreibung für Investitionen erhöht und die Staats-

ausgaben im investiven Bereich - von positiven Ausnahmen abgesehen - nicht systematisch erhöht. Eine solche Politik bietet keinen Raum für ein ausreichendes BaFöG oder Staatsinvestitionen im Bildungsbereich.

Die von der Bundesregierung verfolgte Konzeption ist schon im Ansatz verfehlt. Investitionen werden in einer privatkapitalistischen Wirtschaft nur getätigt, wenn neben einer ausreichenden Profitabilität des Kapitals auch eine entsprechende Nachfrage vorhanden ist. Ausgangspunkt (aber nicht Endpunkt!) jeder Wirtschaftspolitik, die die Krise langfristig überwinden will, muß deshalb die systematische Nachfragebeschaffung durch den Staat sein. Derzeit wird von einer Nachfrangelücke von ca. 90 Mrd. DM ausgegangen, die durch staatliche Programme gefüllt werden könnte.

Dem kann nicht entgegengehalten werden, eine Nachfrageschaffung durch den Staat würde nicht wirken, weil die Investoren kein Vertrauen in eine durch steigende Staatsverschuldung finanzierte Nachfrage haben, weil sie nicht auf Dauer angelegt sein könnte. Dagegen spricht, daß das Vertrauen in die Nachfrage natürlich wesentlich von der erklärten Politik des Staates abhängt und so auch Vertrauen gesichert werden kann. Außerdem würden sich nach einem Wirtschaftsaufschwung auch die Staatseinnahmen erhöhen, von steigender Staatsverschuldung kann langfristig also keine Rede sein.

Gegen eine zunächst natürlich in der Hauptsache durch Kreditaufnahme des Staates zu finanzierende Nachfragepolitik kann auch nicht eingewendet werden, damit würde der Wirtschaft die

Liquidität für ihre Investitionen entzogen. Einmal haben vor allem Großunternehmen einen eigenen Liquiditätsstand, der durch die Staatsverschuldung nicht angegriffen wird. Ferner ist eine Erhöhung der verfügbaren Kreditmenge durch eine entsprechende Politik der Bundesbank möglich.

Diese Zusammenhänge ignoriert die Bundesregierung. Durch ihre Politik wird zwar ihr erstes Ziel, die Erhöhung der Finanzmasse der Unternehmer, also der wirtschaftlich Starken, zu Lasten der wirtschaftlich Schwachen erreicht. Es gibt aber keinen Anhaltspunkt dafür, daß dies zu Vollbeschäftigung führt, da ohne Nachfragesteigerung keinerlei kapazitätserhöhende Investitionen zu erwarten sind. Was allerdings gefördert wird mit den Geldern der Steuerzahler und Einsparungen bei den Sozial- und Bildungsausgaben, ist die Erreichung der selben Produktionshöhe mit geringerem Einsatz; im Klartext: der Staat fördert Rationalisierungsinvestitionen ohne gleichzeitig für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu sorgen.

#### Wirtschaftspolitische Alternativen

Eine alternative Wirtschaftspolitik kann aber nicht bei einer Ausweitung der Nachfrage stehenbleiben.

Abnehmende Kapitalrentabilität kann man kurzfristig nur mit einer systematischen Beeinflussung der Investitionsentscheidungen in der Volkswirtschaft, langfristig nur mit einer Aushebung der kapitalistischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten insgesamt beseitigen. Damit können auch negative Auswirkungen einer Expansion der Staatsverschuldung



bewältigt werden. Dazu ist es erforderlich, daß der Staat und seine demokratisch angelegten Institutionen, vor allem aber das Parlament Einfluß auf die Wirtschaft bekommen. Deshalb ist es wichtig, eine beschäftigungsorientierte Strukturpolitik zu entwickeln, die die Instrumente öffentlichen Einflusses nach regionalen und Branchengesichtspunkten ermöglichen. Hierzu gehört an richtiger Stelle die Forderung nach einer Erfolgskontrolle öffentlicher Subventionen bis hin zur öffentlichen Beteiligung an geförderten Unternehmen. Ferner das Ziel einer Vereinheitlichung des vorhandenen staatlichen Planungsapparates. Wenn auf bereits bestehende Steuerungsinstrumente verwiesen wird, so ist dem die Forderung nach einer Erweiterung dieser Instrumente entgegen zu setzen.

Der systematische Eingriff des Staates in die Ökonomie gibt diesem die Möglichkeit, nicht nur nach wirtschaftlichen "Rationalisierungskriterien", also insbesondere zur Erreichung der Vollbeschäftigung, sondern auch nach demokratisch entwickelten gesellschaftlichen Lebensvorstellungen, tätig zu werden. Zielsetzungen ergeben sich angesichts bestehender Rückstände auf mehreren Gebieten. Zu nennen ist hier die Humanisierung der Arbeitswelt, damit nicht mehr die "Perspektive" zwischen sinnloser Arbeitslosigkeit und sinnenleerer Arbeit besteht (Altvaer, TAZ 8.5.81). Es ist deshalb zu kritisieren, daß im Haushalt 1982

zwar der Forschungsetat um 5.2%, der Ansatz zur Humanisierung der Arbeitswelt nur um 0.9% steigt.

Eine weitere Forderung, zu deren Durchsetzung so die Mittel geschaffen werden, ist die nach einem systematischen und vorbeugenden Umweltschutz. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Etat '82 widersprüchlich. Zwar werden im Energieansatz die Forschungsmittel für Kohle- und Kernkraftwerke zu Ungunsten alternativer Energiequellen ausgeweitet, gleichzeitig sind aber die einzigen zusätzlichen Investitionen zugunsten der Heizenergieeinsparung vorgesehen. Eine weitere Forderung ist die nach dem Ausbau des Bildungswesens und der Verbesserung der Wohnsituation, aber da tut sich z.Z. nichts.

#### Durchsetzung von Alternativen

Die hier aufgezeigte Problemstellung weist auch den Weg zur Durchsetzung von alternativen Forderungen auf. Sie kann nie nur auf die soziale Basis der Studenten allein gestützt werden. Eine umfassende politische Alternative kann nur durchgesetzt werden, wenn die soziale Gruppe, die fundamental von der bestehenden Politik betroffen ist, nämlich die Arbeiterschaft, dafür aktiv eintritt. Eine Strategie, die dies im Auge behält muß deshalb versuchen, an den bestehenden Strukturen der Arbeiterschaft anzusetzen und so harte Überzeugungsarbeit für eine solche alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik zu leisten.

Uwe Arndt

#### Sind die Fachschaften entpolitisiert?

Diese Frage und Möglichkeiten wie man aus dem Dilemma schleppender, teilweise nur noch auf Gremienarbeit fixierter Fachschaftsarbeit rauskommen kann, war Gegenstand eines Seminars, welches AstA und Fachschaften am Wochenende vom 23.4. - 25.4. in Gelnhausen durchführten.

Schon vorher waren einige Arbeitsgruppen vorbereitet worden, die allerdings zu Beginn des Seminars noch entsprechend der Interessenslage der Teilnehmer, modifiziert wurden. Im Verlauf des Wochenendes wurden dann 4 Themenbereiche durchdiskutiert.

Wir wollen hier kurz schildern was diskutiert wurde, und welche Perspektiven entwickelt wurden. Wir hoffen, daß dieses Seminar als Initial für eine bessere Arbeit der Fachschaften und des AstA und auch beider zusammen wirkt.

#### Kulturarbeit

Bislang wurde die Kulturarbeit an der THD im wesentlichen vom Kulturreferat im AstA betrieben. Es gab und gibt zwar an einigen Fachbereichen Initiativen - insbesondere im Rahmen von Orientierungsveranstaltungen - in denen mal ein Theaterstück gespielt wurde eine Skatch zum besten gegeben wurde. Eine kontinuierliche Kulturarbeit der Fachschaften gab es aber bislang noch nicht.

Im Sommersemester werden vom Kulturreferat zwei Hauptprojekte betrieben. Zum einen wird ein Theaterfestival veranstaltet, auf dem verschiedene Gruppen zu ganz unterschiedlichen Themen (z.B. Medien und Manipulation) auftreten werden. Zum anderen soll eine Kulturzeitschrift gemacht werden, die über aktuelle Aktivitäten in Darmstadt, insbesondere an der TH berichten will, aber auch ein Forum für alle Studenten sein kann. Auf dem Seminar wurde die Anregung aufgegriffen, vom AstA aus Workshops anzubieten, auf denen sich Interessierte das notwendige Know-how schaffen können. (z.B. Theaterworkshops: "Wie macht man Theater"?)

### Orientierungseinheiten

Kernpunkt der Diskussion war die Frage, welche Auswirkungen die Planung, Durchführung und Nachbereitung von Orientierungseinheiten auf die Fachschaftsarbeit hat.

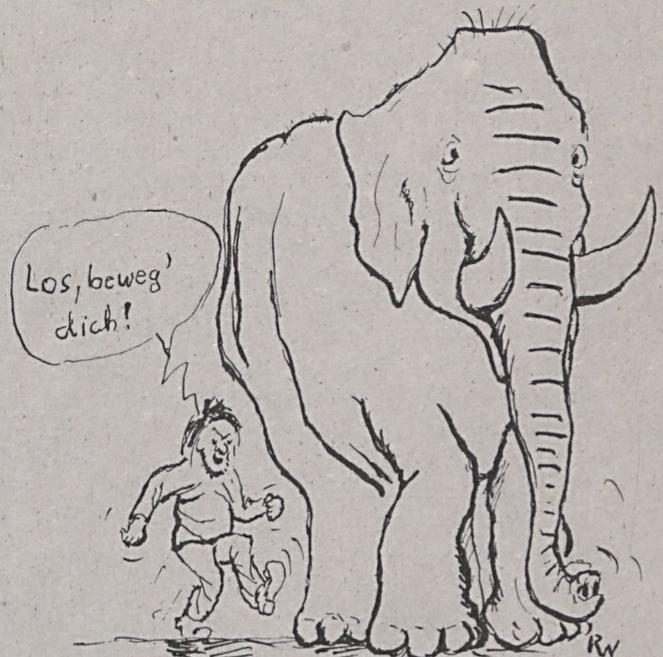
Insgesamt stellte man fest, daß die OE's zumindest ein Faktor sind, der zur Entpolitisierung der Fachschaftsarbeit beiträgt. In OE's werden Studenten erstmals mit politischen Problemen der Hochschule konfrontiert. In der Fachschaftsarbeit werden dann aber teilweise nur institutionelle Lösungswege beschritten. (Wegen Geldknappheit soll die Bibliothek 2 Stunden weniger geöffnet werden, also machen wir einen Antrag im Fachbereichsrat).

Es wurde aber auch festgestellt, daß OE's Politisierungsansätze bieten können. Als Beispiel sei hierfür die Einheit "Mathematik und Gesellschaft" der Fachschaft Mathe genannt.

### fachübergreifende Lehrveranstaltungen

Ein Mitarbeiter des Zentrums für Hochschuldidaktik (ZHD) stellte erstmalig kurz vor, welches Angebot an fachübergreifenden Veranstaltungen bislang existiert. Insbesondere aus dem Bereich der Politologie werden Veranstaltungen angeboten, die über den klassischen "Fachbereich hinausgeht.

Teilweise passiert das durch Kooperation zwischen Lehrenden verschiedener Fachbereiche. Ein anderer Ansatz fachübergreifender Lehre wird in projektorientierten Veranstaltungen gemacht. Hier soll mehr eine Verknüpfung von theoretischer und praktischer Arbeit gemacht werden.



zur Politisierung der Studenten

Auf dem Seminar wurde dann diskutiert, daß neben der Verbreitung des bestehenden Angebots von Seiten der Lehrenden, auch eigene studentische Vorstellungen entwickelt werden müssen. Bisher sind auf diesem Gebiet aber alle Bemühungen gescheitert.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Wissenschaftsläden angesprochen. Das sind Projekte, die den Kontakt zwischen außeruniversitärer Öffentlichkeit (Bürgerinitiativen usw.) und Forschung an der Hochschule herstellen wollen.

### Fachschaftsarbeit/AstA-Arbeit

Eigentlicher Hauptpunkt des Seminars, sollte die Diskussion über die Fachschaftsarbeit und die Zusammenarbeit der Fachschaften mit dem AstA sein.

Zuersteinmal wurde von den anwesenden Fachschaften festgestellt, daß fast alle Fachschaftsgruppen sich in einer Um- oder Aufbauphase befinden. In dieser Phase ist eben für diese Fachschaften der Ansatzpunkt

ihrer Arbeit am Fachbereich zu suchen und nicht auf zentraler - sprich Hochschulebene. Davon wird auch die Zusammenarbeit mit dem ASTa bedingt

Weiterhin wurde festgestellt, daß im Wesentlichen zwei Tendenzen das Spannungsfeld zwischen ASTa und Fachschaften kennzeichnen. Einerseits muß der Transfer von Fachschaftsarbeit zum ASTa funktioniere-, aber andererseits müssen die ASTatragenden hochschulpolitischen Gruppen Kontext eingeordnete Konzepte anbieten, die für die politische Arbeit an der Hochschule relevant sind.

Als "Umschlagplatz" dieser beiden Tendenzen wurde das Fachschaftenplenium, zumindest in der jetzigen Verfassung, für ungeeignet erachtet.

Die meisten anwesenden Fachschaften halten das Plenum im günstigsten Fall noch als Koordinationsstelle oder Informationsbörse geeignet. Der direkte Kontakt zwischen ASTa und Fachschaften (Besuch der Fachschaftssitzungen) wurde noch am effektivsten eingeschätzt.

#### Und was jetzt?

Insgesamt einigten sich die Teilnehmer darauf, daß die Politisierung der Arbeitsschwerpunkte der Fachschaften durch den ASTa unterstützt werden sollten.

Als konkrete Handlungsperspektive wurden dann verschiedene Seminare zu folgenden Themen vorgeschlagen:

- Was können Studenten für die fachübergreifend Lehre tun?
- Perspektive: Institutionalisierte oder autonom Orientierungseinheiten?
- "Theorieseminar" Bildungsökonomie und/oder Wissenschaft und Gesellschaft
- Forschung und Rüstung an der TH
- Perspektiven bundesweiter Studenenvertretung"

Diese Seminarvorschläge sind bitte von Euch auch als solche zu betrachten. Wir bitten Euch die Ergebnisse des Fachschaftsseminars auch mal in Eurer Fachschaft zu diskutieren und dem ASTa mal mitzuteilen, wie die Interessenslage für die oben angesprochenen Seminare aussieht.

ASTa

## ZUM TODE ROBERT HAVEMANNNS

Geboren ist er 1910 in München, studierte in München und Berlin Chemie. 1935 Dr.phil. in physikal. Chemie. 1943 Habilitation. 1932 wird er Mitglied der KPD. 1933 Mitglied der Widerstandsgruppe "Neu Beginnen", 1938 der Widerstandsgr. "Europäische Union". 1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie. 1950 Lehrstuhlinhaber für phys. Chemie an der Humboldt-Universität. 1968 engagierte er sich für den Kurs der Prager Reformer. 1975 wird er aus der Mitgliederliste des "Komitees der Antifaschist. Widerstandsmitglieder" gestrichen. Später folgen Gerichtsprozesse wegen "Devisenvergehen". Am Karfreitag dieses Jahres stirbt er.

Das ist also die Biographie Robert Havemanns. Seine Bedeutung vermag man jedoch besser an der Reaktion auf seinen Tod erkennen. Daß über seinen Tod in der DDR möglichst geschwiegen wird, braucht man kaum zu erwähnen. Hier dagegen wird sein Tod schon beachtet, das Fernsehen berichtet, es werden Artikel geschrieben. Aber es bleibt recht still um ihn; es regt sich keine laute Stimme, um ihn zum Märtyrer zu machen, so wie es wohl beim Tode anderer Persönlichkeiten geschehen würde oder geschehen ist.

Der Grund ist einfach, Havemann war Marxist, er gehört also in eine ungeliebte politische "Schublade". Man schweigt also und geht über zur Tagesordnung, man übersieht das Wichtigste, den Menschen Havemann. Dieser sollte doch maßgebend sein. Er war Kritiker, Theoretiker, er war ein harter Realist und ein verträumter Utopist zugleich. Weder Gefängnis noch Repressalien haben ihm seinen Glauben an den Menschen nehmen können.

Trotz seines Mutes und seiner Offenheit taugte er nicht als Heldenfigur, sondern er war wesentlich mehr, Vaterfigur sozusagen nicht nur für die aufkeimende Friedensbewegung. Zum Schluß noch ein Zitat aus Jürgen Fuchs Grabrede:

"Er hat uns Jüngeren die Angst genommen-auch die Angst vor dem Herrschenden; das Geheimnis um sie muß weg, als seien sie besonders, andere Menschen als wir- ohne Geheimnis sind sie ohne Macht."

Im Folgenden einer der letzten im Westen veröffentlichten Aufsätze R. Havemanns:



## Die Friedensbewegung der DDR

„Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden alle längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generale und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz wir vertrauten, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übriggeblieben ist.“

So lautet die erste These des von Pfarrer Eppelmann initiierten „Berliner Appells“. Pfarrer Eppelmann ist in der DDR schon seit längerem durch die „Blues-Messen“ bekannt, die er gemeinsam mit anderen kirchlichen Mitarbeitern organisiert. Tausende von Jugendlichen aus dem Gesamtgebiet der DDR kommen seit zwei Jahren regelmäßig nach Berlin, um an ihnen teilzunehmen. Weil sich in diesen Jugendgottesdiensten auch die Friedenssehnsucht und der Antimilitarismus der Jugend in dem durch die Kirche noch gesicherten Freiraum artikulieren können, ohne

von staatlichen Organen und Parteinstanzen eingängelt zu werden, waren sie der erste bedeutende Schritt zu einer freien Friedensbewegung in der DDR.

Nach anfänglichen Versuchen der staatlichen Stellen, diese Gottesdienste zu verhindern, wobei ein starker Druck auf die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg ausgeübt wurde, hat man sich schließlich doch bereit gefunden, auch diese Gottesdienste zu tolerieren. Man kann eben nicht jeden Tag in allen Medien der DDR über die großen Erfolge der vielen Friedensinitiativen in den westlichen Staaten und besonders in der BRD mit geradezu überschwänglichem Lob berichten und gleichzeitig jeden Keim einer Friedensbewegung im eigenen Land mit Brachialgewalt unterdrücken. Dies Einlenken der staatlichen Organe war vernünftig und zeugte von einer echten Bereitschaft zur Verantwortung für die Entwicklung und Stärkung der Friedenskräfte in Deutschland.

Auch die Durchführung des von Stephan Hermlin organisierten Friedentreffens der Schriftsteller in Ost-Berlin, an dem auch einige aus der DDR emigrierte Schriftsteller und sogar in der DDR lebende, aber als „systemkritisch“ geltende und deshalb aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossene Schriftsteller, wie etwa Stefan Heym, teilnehmen konnten, lag auf dieser Linie.

Aber man erinnere sich, was damals alles innerhalb von 24 Stunden zwischen dem 11. und 12. Dezember 81 geschah: Eben war das Treffen am 11. Dezember eröffnet, da kam am 12. die niederschmetternde Nachricht von der Errichtung des Kriegszustandes in Polen und der massenweisen Internierung von Schriftstellern und von Funktionären und Mitgliedern der Gewerkschaft „Solidarität“.

Es ist erstaunlich, wie relativ schwach die Schriftsteller – mit wenigen Ausnahmen – auf dieses Ereignis reagierten. Es mußte doch eigentlich allen klar sein, daß mit der Errichtung des Militärregimes in Polen der Friedensbewegung in Westeuropa und besonders auch in der Bundesrepublik enormer Schaden zugefügt wurde. Aber immerhin, man diskutierte weiter und sprach sogar von den Möglichkeiten einer freien und vom Staat unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Die DDR-konformen Teilnehmer meinten, so etwas sei hier überflüssig und fehl am Platze, weil die Politik der Regierung reine Friedenspolitik sei. Aber Hermann Kant, der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes der DDR, erklärte, eine freie und unabhängige Friedensdemonstration sei in der DDR möglich, worauf Stefan Heym zu einer solchen Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz unter Mitwirkung von Erich Honecker aufrief.

Am selben Abend jenes denkwürdigen 12. Dezember 81 verabschiedete sich Kanzler Helmut Schmidt von Erich Honecker in Güstrow, wobei die Umstände dieses Abschieds, noch am gleichen Abend über die Stationen des westdeutschen Fernsehens auch in der DDR verbreitet, dem Namen dieses mecklenburgischen Städtchens einen politischen Sinn angehängt haben, der nicht so schnell in Vergessenheit geraten dürfte.

Eins aber, wenn vielleicht auch nicht beabsichtigt, wurde durch das Schriftstellertreffen bewirkt: Die Forderung nach einer unabhängigen DDR-Friedensbewegung analog der westdeutschen war auf die Tagesordnung gesetzt. Der „Berliner Appell“ des Pfarrers Eppelmann, in gewisser Weise ein Pendant zum Krefelder Appell der BRD, war der konsequente nächste Schritt. Heute kann man sagen: Die freie Friedensbewegung in der DDR ist tatsächlich Wirklichkeit geworden. Sie hat ihren, hoffentlich, unaufhaltsamen Lauf angetreten. Die Unterschriftensammlung, zu der Pfarrer Eppelmann aufrief, ist innerhalb der ganzen DDR weiter in vollem Gange.

Die erste Reaktion der DDR-Obrigkeit auf den „Berliner Appell“ war – wie bei den Blues-Messen – schroff feindselig. Rainer Eppelmann wurde verhaftet, nach 24 Stunden Haftbefehl erlassen und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Schon vor der Festnahme Eppelmanns wur-

den die Genossen in den Ministerien von den eingeleiteten Maßnahmen gegen Eppelmann durch ein persönliches Telegramm Erich Honeckers unterrichtet, ein Vorgang, der bisher einmalig in der DDR ist. Es hieß darin: Um die Genossen schon zu informieren, bevor sie durch die westlichen Massenmedien davon erfahren.

Aber bereits am nächsten Tag, bevor irgendein westliches Medium auch nur das Geringste über Eppelmanns Verhaftung berichtet hatte, ließ der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren wieder einstellen und die erste westliche Nachricht über Eppelmanns zeitweilige Festnahme erschien, als Eppelmann schon wieder auf freiem Fuß und im Kreise seiner Familie und Freunde den schellen Umschwung der Dinge feierte. Irgendwelche Bedingungen oder Auflagen wurden gegenüber Eppelmann an seine überraschende Freilassung nicht geknüpft. Aber auf die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg wurde ein sehr starker Druck ausgeübt, sie solle sich nicht nur nicht mit dem Appell identifizieren, sondern in einem Rundschreiben von der Sammlung von Unterschriften abraten.

Das Rundschreiben der Kirchenleitung nimmt zunächst sehr positiv zu dem Appell Stellung. „Der Appell wirft eine Reihe von Fragen auf, die im Gespräch über die christliche Friedensverantwortung ihren Ort haben. Alle Synoden des Bundes haben zu einer Reihe von diesen Fragen Stellung genommen. Viele Aussagen des Appells gehören in dieses Gespräch.“ Aber dann heißt es: „Genauer als in dem Appell muß die politische und militärische Konstellation bedacht werden. Er zeichnet zugleich ein Zerrbild der politisch Verantwortlichen. Er arbeitet mit Unterstellungen, für die es in der Nachfolge Jesu Christi keinen Raum geben darf. Die Kirchenleitung rät nachdrücklich von einer Sammlung von Unterschriften ab“, und zwar, wie es dann weiter heißt, „weil dadurch Mißverständnisse und Gefährdungen hervorgerufen werden, die das notwendige sachliche Gespräch nicht fördern“.

Wenn man diese Sätze liest, die noch dazu ohne jede konkrete Begründung in einer Sprache formuliert sind, die in ihrer Grobheit und Härte mehr ist als nur ein formaler Stilbruch, dann möchte man fast einen Schrecken bekommen. Aber ich denke, diese Formulierungen sind zustande gekommen, als noch nicht allen Beteiligten klageworden war, daß man mit dem „Berliner Appell“ in dieser Weise nicht verfahren kann, ohne sich um jede Glaubwürdigkeit in der internationalen Arena der Friedensbewegung zu bringen.

Der „Berliner Appell“ ist keine staatsfeindliche Hetze, er ist keine „Plattform“ zur Vorbereitung eines politischen Umsturzes. Er ist – man möchte sagen – von alledem das Gegenteil. Er ist einfach ein Ausdruck der Tatsache, die in These 1 des Appells formuliert wird, daß wir uns nämlich bereits nahe am Abgrund befinden, weil wir nichts mit mehr Eifer und Perfektion vorbereiten, als unsere eigene Vernichtung im Inferno eines Atomkrieges. Lange glaubten wir, das nukleare Patt könne uns den Frieden bewahren. Aber, wie Rainer Eppelmann in seinem Begleitbrief zum „Berliner Appell“ ausführt, „das Gleichgewicht des Schreckens hat den Atomkrieg bisher nur

dadurch verhindert, daß es ihn immer wieder auf morgen vertagt hat. Vor diesem herannahenden Morgen des Schreckens fürchten sich die Völker. Sie suchen nach neuen Wegen, dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben“.

## Was ist zu tun?

Die Unterschriftensammlung für den Berliner Appell auf volle Touren bringen. Die staatlichen Organe der DDR dazu zu bewegen, die Sammlung nicht zu behindern, ihre einwandfreie Legalität einzugestehen und eine Drucklegung für offizielle Unterschriftenformulare zu genehmigen. Das internationale Ansehen der DDR und die Glaubwürdigkeit ihrer Friedenspolitik werden auf diese Weise enorm gewinnen.

Wir wenden uns an unsere Friedensfreunde im Westen, an Schriftsteller, Wissenschaftler, Vertreter der christlichen Kirchen und überhaupt an alle, die begriffen haben, daß von einer freien Friedensbewegung in der DDR starke internationale Impulse ausgehen werden, um den Friedenskräften zum Sieg zu verhelfen und uns alle vor der Vernichtung zu bewahren. Nutzt alle eure Möglichkeiten, um über Rundfunk und Fernsehen der BRD die Bevölkerung der DDR mit den für unsere Friedensbewegung wichtigen Informationen zu versorgen.

Verbreitet diesen Artikel in Radiosendungen, und veranstaltet im Fernsehen Interviews zum Berliner Appell mit Schriftstellern, Wissenschaftlern, Politikern und Theologen.



### Eine schlechte Idee!!

Vom 18. bis 20. Mai soll in Hannover auf dem Messegelände die Internationale Militärelektronik-Ausstellung IDEE stattfinden. Die gezeigte Elektronik reicht von der Wanze zur Bespitzelung bis zur Raketensteuerung von Massenvernichtungsmitteln. Parallel zur IDEE findet vom 18. bis 23. Mai die Internationale Luftfahrt-Ausstellung ILA mit dem Schwerpunkt "Verteidigung" auf dem Flughafen Langenhagen statt.

Diese Entwicklung vollzieht sich in einer Situation weltweiter Aufrüstung, wie sie bei uns z.B. im NATO-Beschluß zur Stationierung neuer US-amerikanischer Atomraketen in Westeuropa zum Ausdruck kommt. Militärelektronik, wie sie auf der IDEE gezeigt wird, ist in der modernen Waffentechnik unverzichtbar; denn bis zu 70% der Kosten für moderne Waffensysteme entfallen auf die Elektronik. Die "harte Ware" (Munition, Kanone) wird mehr und mehr Anhängsel der Elektronik.

Das Kriegswaffenkontrollgesetz hat Lücken. Militärelektronik ist keine Waffe im Sinne dieses Gesetzes, obwohl sie für die moderne Kriegsführung unverzichtbar ist. Die auf der

Hauptabnehmer sind - direkt oder indirekt - Länder der 3. Welt. Der Handel mit der Militärelektronik dient dem Profit einiger Elektronik-Konzerne. Er erhöht die Kriegsgefahr in den Krisengebieten der Erde.

Die auf der IDEE gezeigte Elektronik dient dazu, die Unterdrückung der Bevölkerung in der 3. Welt und ihrer Befreiungsbewegungen zur Perfektionierung "stabiler" Militär- und Folterregimes ermöglichen den billigen Bezug von Rohstoffen und die rücksichtslose Ausbeutung von Arbeitskräften. Sie sichern damit die Gewinne der multinationalen Konzerne.

Verschiedene Friedensbündnisse haben in Hannover zu unterschiedlichen Aktionen aufgerufen. In der Zeit vom 15.-20.5. findet ein antimilitaristisches Zeltlager statt. Am 14.5. wird eine Auftaktkundgebung in der Stadt durchgeführt; Am 15.5. findet eine Demo zum Messegelände statt. Um ein paar Hintergrundinformationen zur Geschichte zu geben, sei hier kurz eine Chronologie der Waffenmessen gegeben:

# GESCHICHTE DER MILITÄR-ELEKTRONIK-MESSEN **MEDE** IDEE:

## DIE GESCHICHTE DER M.E.D.E.:

1972 / 1973

wurde die MEDE (Military Electronis Defence Exposition) zum ersten mal als eine militär-elektronische Ausstellung für alle drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe) in Chikago veranstaltet. Organisator war die private britisch-amerikanische Gesellschaft KIVER COMMUNICATION.

Neben der MEDE veranstaltet diese Gesellschaft auch die "Latin American National Security Exposition" Nov. 1981 in Panama und die ADEX (Asian Defence Electr. Exp.) 1981 in Malaysia (für die ADEEX '82 stand das Land noch nicht fest).

Mit gewaltfreien Protesten - insbesondere kirchlicher Gruppen- wurde die MEDE 1973 aus Chikago vertrieben und anschließend für die gesamten USA verboten.

1976:

KIVER wählt Wiesbaden als neuen Veranstaltungsort für die MEDE. Gründe dafür: die Nähe des Frankfurter Flughafens, die Simultan-Dolmetscheranlage in der Rhein-Main-Halle, die Atmosphäre einer "ruhigen Beamtenstadt".

Es gab 140 Aussteller, vorwiegend aus GB, USA, Frankreich, Schweiz, Israel und Schweden. Deutsche Konzerne waren, wenn überhaupt, nur durch ausländische Tochterfirmen vertreten. Grund war die ablehnende Haltung des Verteidigungsministeriums gegenüber der "kommerziellen Waffenmesse".

In eigens von KIVER angemieteten Hotelsuiten wurde geheimes Material ausgestellt und Geschäftsverhandlungen geführt. Die Ausstellung wurde von Fachvorträgen und Schulungen der ausstellenden Firmen begleitet.

Es kamen 5200 Besucher aus 64 Ländern.

1977:

Es gab 160 Aussteller und die Ausstellungsfläche mußte um das 2,5 fache vergrößert werden. Da sich die "Zurückhaltung staatlicher Stellen gelockert hatte" (WEHRTECHNIK, 8/77), waren auch eine Reihe kleinerer bundesdeutscher Firmen vertreten. Es fehlten allerdings große Konzerne wie SIEMENS, AEG und BOSCH.

Es kamen 6800 Besucher, darunter offizielle Deligationen aus Argentinien, Chile, Indien Korea, Jugoslawien und Südafrika.

1978:

waren es schon 200 Aussteller aus 20 Ländern. Die Ausstellungsfläche mußte nochmals um 30% vergrößert werden. Bis auf SIEMENS waren jetzt auch alle großen bundesdeutsche Konzerne vertreten, da sie sich dem Konkurrenzdruck nicht länger entziehen konnten; es gab ca 50 deutsche Aussteller. Die Beteiligung amerikanischer Firmen ging aufgrund der Carter'schen Waffenexport-Politik zurück.

Während höheren BRD-Beamten die Teilnahme an der MEDE weiterhin untersagt blieb, unterstützte die britische Regierung die MEDE zum ersten mal offiziell.

7734 Besucher kamen aus 67 Ländern, diesmal auch vertreten: 5 Deligationen aus OSTEUROPAISCHEN LÄNDERN.

Schwerpunkt der Ausstellung war "Geheimdienst & Polizei".

1979:

Die Ausstellierzahl kletterte über 200 und auch SIEMENS war dabei. Außerdem stellten verstärkt Staaten aus der 3. Welt aus: Israel, Süd-Afrika, Phillipinen u a m. Mit stillschweigender Duldung des Verteidigungsministeriums konnten hunderte von Bundeswehroffizieren die Messe besuchen. Der Kulturdezernent von Wiesbaden gab den Organisatoren einen Empfang im Rathaus.

Die Besucherzahl stieg auf 8167, und der Schwerpunkt lag diesmal bei "Abhörsicherheit".

1980:

Es gab 240 Aussteller, an ihrer Spitze lagen Firmen aus Großbritannien, den USA und der BRD.

In der Antwort auf die Anfrage von Karsten Voigts (SPD, MdB) erklärte die Bundesregierung, daß die MEDE weder gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz noch gegen das Außenhandelsgesetz verstoße (beide Gesetze regeln den Waffenexport). Es würden keine Vertreter der Bundeswehr entsandt, lediglich das Bundeskriminalamt (BKA) und der Verfassungsschutz (VS) schicke Vertreter "um sich über Neuheiten zu orientieren".

1980 / 1981

kommt es außerdem zu sehr breiten und gut vorbereiteten Protesten gegen die MEDE in Wiesbaden, die u.A. dazu beitragen, das KIVER COMMUNICATION einen neuen Ausstellungsort suchen. Das Ergebnis:

1982 soll die MEDE in IDEE (International Defence Electr. Exp.) umgetauft vom 18.-20. Mai in Halle 13 auf dem Messegelände in Hannover stattfinden!

## VON DER M.E.D.E. & I.D.E.E. RÜCKBLICK AUF DIE BEDEUTUNG

Insgesamt wird aus dieser Chronologie deutlich, daß die MEDE im Verlauf der Jahre zunehmend an Bedeutung gewann. Steigende Aussteller- und Besucherzahlen belegen dies ebenso wie die Rücknahme der 'offiziell ablehnenden' Haltung der Bundesregierung. Diese paßt genau in den Kontext der verstärkten militärischen Prä-

senz der BRD in der NATO und die enorme Steigerung der Rüstungsausgaben.

KIVER COMMUNICATION selbst umreißt die Bedeutung dieser Messe als "die international anerkannte Ausstellung elektronischer Einrichtungen in Verteidigungswaffen".  
(leicht verändert übernommen aus der Doku: "Mit uns wird jeder Schuß ein Treffer" )

# Hochschulpolitische Nachrichten

## DSW GIBT STUDIENPLATZTAUSCH AUF

BONN - Das Deutsche Studentenwerk (DSW) stellt sein vor anderthalb Jahren aufgenommenes Verfahren zum Studienplatztausch ein. Zur Begründung erklärte der Generalsekretär des DSW, Horst Bachmann am 27. April in Bonn dem

dpa-Dienst für Kulturpolitik, nach dreisemestriger Erfahrung mit dem Tauschverfahren sei das Studentenwerk zu dem Schluß gekommen, daß der Aufwand den Erfolg nicht lohne. Nach Angaben Bachmanns hatten sich zum letzten Tauschverfahren für das jetzt beginnende Sommersemester 1982 knapp 2000 Studenten mit nahezu 4.000 Tauschwünschen gemeldet. Nur rund 300 Interessenten habe das Studentenwerk einen Tauschpartner vermitteln können. Dabei sei wiederum nur ein Bruchteil dieser Vermittlungen schließlich auch real zustande gekommen. Nach Bachmanns Angaben wurden letzten Endes nur etwa zwei Prozent aller Tauschwünsche tatsächlich auch verwirklicht.

Der DSW-Generalsekretär hält die vom Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), der bereits seit sieben Jahren eine Studienplatztauschaktion unternimmt, angegebenen Erfolgsquoten für nicht glaubhaft. Der RCDS-Vorsitzende Johannes Weberling hatte am 21. April in Bonn erklärt, zum Sommersemester 1982 hätten sich über 1.500 Tauschinteressenten bei der CDU-nahen Studentenorganisation gemeldet. Dabei hätten 35 Prozent der Wünsche, bei den Medizinern sogar 42,8 Prozent, erfüllt werden können. Bachmann meinte dazu, daß der RCDS keine Erfolgskontrolle vornehme, so daß hier nur die angebotenen Tauschmöglichkeiten, nicht die konkret vollzogenen Studienplatzwechsel, gezählt würden.

## ZVS ERWARTET BEWERBERREKORD

DORTMUND - Mit rund 160.000 Bewerbungen von Studienanfängern oder Fachrichtungswechslern für das kommende Wintersemester rechnet die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund. Im vergangenen Jahr waren es 147.000 Studienwillige, davon 144.000, teilte die ZVS am 22. April in Dortmund auf Anfrage mit. Abgabeschluß der Bewerbungen für das kommende Wintersemester ist der 15. Juli. Für die begehrten Studienplätze in Human-, Zahn- und Tiermedizin werden diesmal etwa 44.000 Bewerber erwartet, sechsmal mehr als Plätze vorhanden sind. Weitere 30.000 Anfänger würden sich um eine Studienzulassung in den Numerus-Clausus-Fächern Agrarwissenschaft, Lebensmittelchemie, Pharmazie und Psychologie bewerben. In diesen Fachbereichen kommen auf einen freien Platz zwei bis drei Bewerbungen. Für rund 35.000 Interessenten in den Fächern Betriebswirtschaft, Pädagogik, Rechtswissenschaft, Vermessungswesen, Wirtschaftspädagogik und Informatik wird es nur ein örtliches Verteilungsverfahren geben. Dabei kann jeder Bewerber mit einem Studienplatz rechnen - wenn auch nicht an der Hochschule seiner Wahl.



EMAS  
NIGHT

FREITAG  
14. MAI  
JAZZ-  
CLAN  
DN 3.-

SAMSTAG  
15. MAI  
WELCOME-BAND  
JAZZ / Rock  
DN 5.-

DIENSTAG  
18. MAI  
RENNI  
DENNI  
POWER-ROCK  
+ GAGS  
DN 4.-

FREITAG  
21. MAI  
DAVID  
ROSIN  
& JIMMI HALL  
SWING  
DN 4.-

SAMSTAG  
22. MAI  
DIRT  
ROAD  
BLUESBAND  
DN 4.-

MITTWOCHE, 26. MAI  
2. MUSIKFILM:  
JOHNNY CASH  
IN ST. QUENTIN  
ANSCHLIEßEND:  
DISCO AB CA. 2300h

SCHLOSS-  
KELLER

FREITAG  
26. MAI  
DIDIER'S  
COFFEE  
GROUP  
PUNK / JAZZ  
NO WAVE / FREE FUNK 4.-

SAMSTAG  
29. MAI

### EL SALVADOR- FEST

AB 15 UHR  
BEI SCHÖNEM  
WETTER IM SCHLOSSHOF  
THEATER / MUSIK /  
BÜCHERTISCHE / KAFFEE  
KUCHEN / BIER usw. 3.- DM

DO. 27. MAI

### 2. EL SALVADOR- TAG

AUCH MIT FILM  
AB 21 UHR: "EL  
SALVADOR, DAS LAND  
DER BRENNENDEN  
HÄUSER"  
ANSCHL. PODIUMS  
DISKUSSION  
3.- DM

DI. 25. MAI

### 1. EL SALVA- DOR-TAG

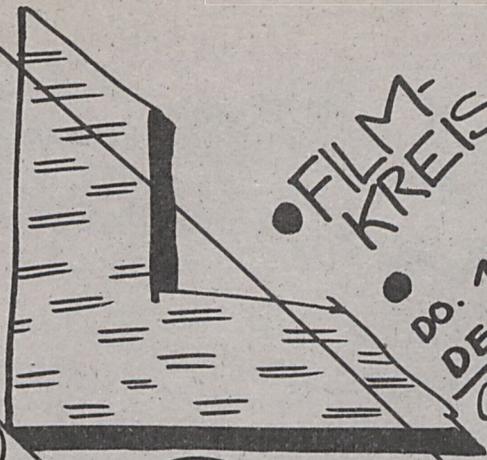
MIT FILM AB 21 UHR  
"DIE ERSTEN FRÜCHTE  
DES ELENDS"  
ANSCHL. PODIUMSDISKUSSION  
3.- DM

DO. 27. MAI  
DER MANN  
AUF DEM  
DACH  
(BO WIDER-  
BERG,  
SCHWEDEN  
1976,  
KRINI  
SEHR  
ZU EMPFEHLEN

DI. 18. MAI  
SEPTEMBER-  
WEIZEN  
(PETER KRIEG,  
BRD 1980)

DO. 13. MAI  
DEAD OF NIGHT  
(B. DEARDEN,  
GROSSBRITAN-  
NIEN 1945)

### FILM- KREIS:



EMAS  
NIGHT